

Anfrage - Nr. StVV - AF 23/2023 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Hilfs- und Unterstützungsangebote für Geflüchtete und Migrant:innen (Einzelstadtverordneter Die PARTEI)

Bis heute fehlt es in Bremerhaven an ausreichenden Hilfs- und Unterstützungsangeboten für Geflüchtete und Migrant:innen. Die bitter notwendige Asylverfahrensberatung findet derzeit mit fünf Stunden im Monat (durchgeführt von der AWO Bremen) in nicht vertretbar eingeschränktem Maße statt. Notwendig wäre hier ein Angebot mit mindestens 40 Wochenstunden.

In dieser ohnehin prekären Situation lässt die Bundesregierung verlauten, dass unter anderem in der Migrationsberatung für Erwachsene, in den Jugendmigrationsdiensten, in der unabhängigen Beratung im Asylverfahren und in der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten mit Trauma-Erfahrungen – noch weiter der Rotstift angesetzt und weitere massive Einsparungen vorgenommen werden sollen:

Im Bereich der Asylverfahrensberatung ist eine Kürzung von 50% zu erwarten.

Was die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte betrifft ist mit Kürzungen um 30% zu rechnen.

Besonders dramatisch sieht die Situation hinsichtlich der Psychosozialen Beratungszentren aus, wo Kürzungen um 50% anstehen.

Was die Jugendmigrationsdienste betrifft, wurde die Stelle der „Respect Coaches“ bereits gestrichen.

Außerdem ist unter anderem mit teilweise drastischen Einsparungen bei der Betreuung junger Arbeitsloser zu rechnen.

Eine unabhängige Flüchtlingssozialberatung findet in Bremerhaven überhaupt nicht statt.

Diese Aufgaben werden von verschiedenen Trägern und ehrenamtlichen Kräften sozusagen „nebenbei“ wahrgenommen.

Daher frage ich den Magistrat:

1. Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um die fehlenden Hilfs- und Beratungsangebote in Bremerhaven (Asylverfahrensberatung, Sozialberatung für Geflüchtete) in einem ausreichenden Maße umzusetzen?
2. Was wird auf der politischen Ebene, zum Beispiel im Rahmen des Städtetages unternommen, um den drohenden Kürzungen entgegen zu wirken?
3. Wie wird der Magistrat – vor Ort in Bremerhaven - den drohenden Kürzungen entgegenwirken, um deren verheerende Auswirkungen für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund zu kompensieren?

4. Inwieweit ist das Betreuungsangebot durch „Sozialbetreuer:innen“ in den kommunalen Aufnahmeeinrichtungen, Wohngemeinschaften und Einzelwohnungen durch die geplanten Kürzungen betroffen und wie wird es sich auf die Situation von Asylbewerber:innen in unserer Stadt auswirken?

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Baumann-Duderstaedt
Die PARTEI KV Bremerhaven